

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Erste Ausgabe: 1841. — Bezugspreis: In Wiesbaden u. bei unseren ausw. Vertretungen monatlich 2.50 M., vierteljährlich 7.50 M., durch die Post monatlich 2.80 M., vierteljährlich 8.50 M. ohne Postgeld. Das Postgeld wird von den Zeitungsbesitzern und durch die Post besonders erhoben. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Altsiedlerstr. 11. Fernruf Nr. 5513, 5516, 5517. — Anzeigenpreise: Die 4 mm breite Zeile 60 Pf., die 8 mm breite 75 Pf.; außerhalb: 75 Pf. bzw. 4 M., Ausland 2.— bzw. 6.— M. Rabatt 4. Tarif. Sonderbeilagen 15 M. pro 1000.

Nummer 186

Mittwoch, 21. April 1920.

74. Jahrgang

Ämtliche Bekanntmachungen

Serv'ce de la Place.

Drei deutsche Zivilisten haben beim Vorbeimarsch der abziehenden Wache am 13. April mittels einer Spritze einen Trompeter, der in Reih und Glied ging, mit Wasser bespritzt.

Auf Befehl des kommandierenden Generals des 30. A.-G. wurden diese Personen verhaftet und werden vor ein Kriegsgericht gestellt unter der Beschuldigung der Verletzung der Heeresmacht und wegen unpassenden Benehmens gegenüber Angehörigen der alliierten Heere. (1850)

Der Wahlaufmarsch des Zentrums.

Die Christliche Volkspartei, oder nach alter Bezeichnung das Zentrum hat in den letzten Monaten bemerkenswerte Änderungen durchgemacht, die jetzt angesichts der bevorstehenden Wahlen sich der großen Öffentlichkeit kenntlich machen. Im Zentrum ringen zwei Bewegungen um die Macht: die Berliner Bewegung, die sich ziemlich links hält und stark unter Berliner radikalen Einflüssen steht, und die bayerische Bewegung, die von links abdrückt. Die Unzufriedenheit mit der Politik der Zentrumsmitglieder in Berlin, die mit den Sozialdemokraten durch dick und dünn gegangen sind, ist von Tag zu Tag gewachsen. Das bayerische Zentrum hat sich vor Wochen vom Zentrum des Reiches getrennt. Mit der bayerischen Bewegung in enger Fühlung steht die Bewegung am Rhein. Bislang ist es immer noch gelungen, das rheinische Zentrum bei der Stange zu halten, aber nun scheinen die Gegensätze offen aufeinanderzutreffen. Die Räteherrschaft an der Ruhr hat die Bewegung zur Abkehr von der bisherigen Politik beizubringen. Am Rhein in nächster Nähe der Räteherrschaft hat man die Vorgänge nicht mit der milden Brille betrachtet wie in Berlin. In Köln hat sich eine Sondergruppe des Zentrums gebildet, die die bisherige Politik offen bekämpft. Trimborn hat vorige Woche noch einmal in der Nationalversammlung versucht, mit gewohnter Kunst des Einseitig-Andererseits die Lage zu reiten. Er kennt die Stimmung am Rhein wohl sehr gut. Aber seine Stimme verhallte ins Leere. Das Zentrum marschiert in den Wahlkampf unter dem Druck, der von Bayern und vom Rhein ausgeht: das Zentrum wird sich wieder als die geborene Feindin des Sozialismus anpreisen, nachdem es bisher dem radikalen Sozialismus manches Zugeständnis gemacht hat.

In Berlin hat am Montag der Reichsausschuss der Zentrumsgruppe gebagt, um die Kampfmethode für die kommenden Wahlen festzusetzen. Das Ergebnis der Beratung ist in einer Entschließung niedergelegt worden. Diese Entschließung umfasst sechs Punkte. Zunächst spricht der Reichsausschuss der Fraktion der Nationalversammlung sein volles Vertrauen aus. Das Gegenteil wäre nicht gut möglich gewesen. Dann stellt die Entschließung fest, daß nicht die Grundzüge der Partei, sondern die Zeiten sich geändert hätten. Ganz ausgezeichnet! Damit läßt sich allerhand anfangen. Ferner sagt die Entschließung, nicht die Staatsform sei das Entscheidende, sondern der Geist. Auch ein ganz vortrefflicher Satz, der von Republikanern und Monarchisten in gleicher Weise gebilligt werden muß. Dann verteidigen sich die Zentrumsmitglieder der Nationalversammlung gegen jene, die das Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie verwerfen. Die Entschließung erklärt dazu: „Wer ein solches Zusammenarbeiten beanstandet, verdächtigt und bekämpft, vertritt sich am Volk und Vaterland.“ Dieser Satz dürfte doch einigen Widerspruch im Lande auslösen. Denn damit kann man schließlich alles und jedes in Schutz nehmen; dieser Satz enthält für die Zentrumsmitglieder eine harte Einschränkung des Rechtes zur Kritik. Dann spricht die Entschließung von der Nebenregierung, die das Zentrum auf keinen Fall dulde. Natürlich nicht, aber die Forderungen der Gewerkschaften haben die Zentrumsleute in Berlin glatt angenommen. Worte und Taten! Zum Schluß mahnt die Entschließung zur Einheit und Bruderschaft als Kinder jeden, der dieser Mahnung ausweicht. Da muß mancher recht an seine Brust schlagen! In der Besprechung wurde erklärt, daß sich das Zentrum bezüglich der Bildung einer neuen Koalition nach den Wahlen volle Entscheidungsfreiheit vorbehalte. Sehr vorsichtig! Soll zugleich ein Trost für jene sein, die die heutige Koalition verwürfen. Zum Schluß äußerte sich der Reichsausschuss auch über die rheinische Politik und macht dabei ganz entschieden Front gegenüber der Rheinischen Volksvereinigung, die den Gedanken der Rheinischen Republik pflegt. Früher hat man diese entsetzliche Stellung nicht gekannt. Jetzt erklärt man die Rheinische Volksvereinigung in Acht und Bann weil man in ihr die Triebkräfte für die Bewegung wittert, die gegen die Berliner Zentrumspolitik ankämpft. Am großen und ganzen kann man feststellen, daß der Reichsausschuss des Zentrums die Parlamentarier gegen die Angriffe aus Wäldern und in Schutz genommen hat.

Wahlkreis Frankfurt—Kassel.

Berlin, 20. April.

Der Verfassungsausschuss der Nationalversammlung hat heute den Bericht seines Unterausschusses über die neue Wahlkreiseinteilung entgegengenommen. Dabei hat er dem Vorschlag einer Teilung des bisherigen Wahlkreises Frankfurt-Kassel in die beiden Teile Kassel-Kassel und Frankfurt-Kassel nicht zugestimmt; es wurde vielmehr einstimmig beschlossen, den Wahlkreis Frankfurt-Kassel unverändert zu erhalten.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Zu der Meldung, daß die Reichspräsidentenwahl gleichzeitig mit der Reichstagswahl erfolgen werde, erfährt die „Deutsche Allg. Ztg.“ zuverlässig, daß diese Auffassung durchaus irrig sei. Voraussichtlich werde das Reichstagswahlgesez bestimmen, daß der Termin für die Reichspräsidentenwahl durch den Reichstag festgesetzt wird.

Neuwahlen in Oldenburg.

Der oldenburgische Landtag hat einstimmig beschlossen sich aufzulösen und die Neuwahlen am Tage der Reichstagswahlen abzuhalten.

Deutsche Nationalversammlung.

Des Außenministers Jungfernsrede.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung sprach zum erstenmal der neue Reichsminister des Auswärtigen Dr. Köster. Seine Rede war ein scharfer Protest gegen die vollkommen rechtswidrige Art der Volksabstimmung in Eupen und Malmedy. Dr. Köster nennt das Verhalten der Belgier gegenüber der Bevölkerung ein Bruch feierlicher Versprechungen und eine Verletzung des Friedensvertrages. Er weist auf die zahlreichen Protestnoten der deutschen Regierung hin, die aber ohne Wirkung, zum Teil überhaupt unbeantwortet geblieben sind. Bemerkenswert ist die Erklärung des neuen Außenministers, der bekanntlich vorher Staatskommissar in dem schleswigischen Abstimmungsgebiet war, daß das deutsche Volk die Abstimmungen in den Grenzgebieten überhaupt niemals als nationale Entscheidungen anerkennt. Sondern weil die Abstimmung nicht zwischen gleichberechtigten Nationen stattfand, sondern zwischen einem gehohlenen und einem feigen Volk, zwischen hohen und niedrigen Steuern, zwischen Gerechtigkeit und Unrecht. Die Abstimmungen würden durch die Bestimmungen des Friedensvertrages gefährdet und verfehlt. Alle Parteien, mit Ausnahme der Unabhängigen, schlossen sich dem Protest gegen Belgien an.

Es folgte dann die Beratung des Gesetzes über die sogenannte Befriedung der Reichs- und Landtagsgebäude. Das Gesetz bezweckt zu verhindern, daß die Sitzungen der Parlamente durch Verfallung in der Nähe gefährdet und beeinflusst werden. Das Gesetz wird in zweiter Lesung nach den Vorschlägen der Regierung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen. Dann tritt die Nationalversammlung in die Beratung der neuen Postgebühren ein. Dabei machte der Postminister Wiesberts einige recht interessante Bemerkungen, die aus dem Munde eines Ministers fast hilflos klingen. Minister Wiesberts gibt zunächst der Hoffnung Ausdruck, daß die Postverwaltung bald zu Überschüssen komme. Im nächsten Satz schon bemerkt Herr Wiesberts die Berechtigung seiner eigenen Hoffnung und meint, wenn sie nicht aufträte, so wisse er nicht, wie wir an einem völligen Zusammenbruch unserer Wirtschaft vorbeikommen sollen. Ganz resigniert stellt Herr Wiesberts dann den sehr zu beachtenden Satz auf: Sparbarkeit und Sozialpolitik sind eben Dinge, die einander widersprechen! Damit wird zugegeben, daß es also Grenzen der Sozialpolitik gibt, sie liegen dort, wo die Rentabilität eines Betriebes in Frage gestellt wird. Wo können wir hin, wenn auch die Privatbetriebe nach dem Vorbild der Staatsbetriebe arbeiten? Zum allgemeinen Bankrott!

Der Freistaat Thüringen.

In der Sitzung des Reichsrates am Dienstag wurde der Gesetzentwurf über das Land Thüringen und der Gesetzentwurf über die Vereinigung Coburgs mit Bayern angenommen. Das Land Thüringen wird preussische Bestandteile nicht umfassen. Die bisherigen Kleinstaaten Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Reuß, Altenburg, Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen bilden zusammen den künftigen Staat Thüringen, der 1 584 334 Einwohner zählt. Im Reichsrat wird dieser Staat durch zwei Stimmen vertreten sein, während bisher jeder Kleinstaat eine besondere Stimme hatte. Dadurch verkleinert sich die Zahl der preussischen Stimmen im Reichsrat, die nach der Verfassung nur drei bis fünf betragen darf.

Der neue Posttarif vom 1. Mai ab.

Die neue Postbeförderungsordnung tritt nach einem Beschluß des Reichsrates und vorbehaltlich der Zustimmung der Nationalversammlung am 1. Mai in Kraft. Die neuen Bestimmungen über die Zeitungstarife und die Telegrammtarife und Fernsprechtarife sollen am 1. Juli in Kraft treten.

Die Note der Entente.

San Remo, 20. April. Der französische Geschäftsträger in Berlin hat gestern Abend dem Gesandten von Daniel folgende Note überreicht:

Angesichts der Gerüchte, die seit kurzem über die Möglichkeit eines neuen militärischen Staatsvertrages im Umlauf sind, haben die Regierungen Frankreichs, Belgiens, Großbritanniens und Italiens, die jeden Versuch, die Demokratie zu kürzen, ablehnen, ihre Geschäftsträger beauftragt, dem Minister des Auswärtigen zu erklären, daß sie auf keinen Fall dulden würden, daß die deutsche Regierung an der Ausführung des Friedensvertrages verhindert würde, und daß jede Rückkehr einer revolutionären Bewegung wie eines Aufstandes nur den Erfolg haben werde, die von den Alliierten ins Auge gefassten Maßnahmen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau und zur Versorgung Deutschlands unmöglich zu machen.

San Remo.

Über die Beratungen des Obersten Rates in San Remo bringen die Blätter eine Fülle von Nachrichten, die bis jetzt nur Selbstverständliches enthalten. Selbstverständlich ist es, daß auf dieser Konferenz die Stellung der Entente gegenüber Deutschland der wichtigste Beratungsstoff sein dürfte, und selbstverständlich ist es auch, daß sich Gegensätze in der Auffassung zeigen, die übrigens nicht neu sind. Es ist ja schon lange bekannt, daß England und Italien die Beziehungen zu Deutschland anders gestalten wollen als Frankreich, das immer noch für seine Sicherheit und für die Gelder fürchtet, die ihm der Friedensvertrag verspricht. Es ist bekannt, daß man in England und Italien zu einer milderen Auslegung des Friedensvertrages bereit ist als in Frankreich, wo man auf dem Buchstaben bestehen will; es ist ferner auch bekannt, daß Frankreich die Anwendung militärischer Machtmittel gegen Deutschland verlangt. Aus den Nachrichten, die meist nur Kombinationen eifriger Berichterstatter darstellen, kann man jedenfalls den Schluß ziehen, daß der Oberste Rat in San Remo diesmal gewissermaßen eine grundsätzliche Entscheidung über die künftige Stellung gegenüber Deutschland fällen wird.

Die künftigen Russen.

Militär- und Zivilbehörden in Minsk haben die Verlegung des dortigen russischen Gefangenenlagers bei der Staatsregierung beantragt, weil die Russen sich bei den Kämpfen im März besonders hervorgetan und schließlich auch sonst zu einer Landplage sich ausgewachsen haben.

Der Kommandowechsel in Frankfurt.

Basel, 20. April.

Der Frankfurter Vertreter der „Baseler Nationalztg.“ hatte eine Unterredung mit dem Chef der französischen Zivilverwaltung in Frankfurt a. M., Obersten Denoigne. Dieser erklärte dabei die Meldung für irreführend, wonach die Erhebung des bisherigen französischen Oberbefehlshabers, General Demey, durch den General Bidalon in Verbindung mit dem bedauerlichen Zwischenfall an der Hauptwache in Frankfurt a. M. steht. General Demey, dessen ruhiges, kluges und geschicktes Verhalten in Paris außerordentlich zugefallen habe, gehe vielmehr dahin, wo seine Division hingehe, also nach Wiesbaden, wo diese Truppe auch vorher gestanden habe.

Auf Befehl der französischen Behörde wird folgende Mitteilung in den Zeitungen des neubesetzten Gebietes veröffentlicht:

Den Behauptungen gewisser Zeitungen Frankfurts zufolge wird hierdurch bekannt gemacht, daß General Demey keineswegs von General Bidalon in seinem Posten den Erlassenen vom 7. ds. zufolge ersetzt worden ist. General Demey ist in normaler Weise mit den Truppen seiner Division nach Wiesbaden zurückgekehrt. Seine Truppen wurden im Gebiete von Frankfurt durch die 11. Division, die von Nancy gekommen ist, und unter dem Befehl des Generals Bidalon steht, ersetzt. General Bidalon befindet sich übrigens seit zehn Tagen im Gebiete von Frankfurt, wo er zu gleicher Zeit mit seinen Truppen einetroffen ist. Die französische Militärbehörde hat nur zu sehr den Taft, das Maß und die Geschicklichkeit, die General Demey und seine Truppen bei den Vorfällen vom 7. an den Tag gelegt haben, schätzen gelernt. Die für diese Vorgänge einzig Verantwortlichen sind die alldeutschen Heere, die die Volksmenge durch tendenziöse und lägenhafte Gerüchte, von welchem Letztes sich verwirklicht hat, irreführt und gereizt haben.

Zeitungsbeschlagnahme in Frankfurt.

Die Nummer der „N. Z. am Mittag“ vom Montag ist vom Polizeipräsidenten in Frankfurt wegen der Meldung über eine angeblich bevorstehende Räumung Frankfurts beschlagnahmt worden.
